

Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dammbach vom Freitag, 17.02.2017 um 19:30 Uhr im Rathaus, Wintersbacher Str. 141, Dammbach

Teilnehmer:

1. Bürgermeister
Bauer, Roland CSU/FWG

Mitglieder Gemeinderat
Amrhein, Rigobert UWG
Amrhein, Waltraud UWG
Bauer, Karl CSU/FWG
Beck, Markus CSU/FWG
Englert, Adolf CSU/FWG
Hock, Franz UWG
Lattus, Christian CSU/FWG
Schäfer, Ralf UWG
Verfürth, Steffen UWG
Wirth, Christian CSU/FWG

Schriftführer
Hanakam, Matthias

Entschuldigt:

Mitglieder Gemeinderat
Brand, Günter UWG
Spielmann, Patrick CSU/FWG

Als Gäste waren Herr Darvari und Herr Kosch vom Büro Darvari & Kosch zu TOP 2, öffentlicher Teil anwesend.

1. Begrüßung und Protokollanerkennung

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Gemeinderatsmitglieder und die Zuhörer. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Besonders begrüßt er die Herren Darvari und Kosch vom Büro Darvari & Kosch zum Tagesordnungspunkt 2 der öffentlichen Sitzung.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Aus dem Gemeinderat wird nachgefragt, ob man heute das Thema Nationalpark besprechen könne, da nicht alle Mitglieder des Gemeinderates anwesend seien. Mitte März 2017 sei ein erneutes Gespräch der Staatsregierung mit den Landräten und Verbänden geplant.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er über das Thema Nationalpark unter dem Tagesordnungspunkt „Aktuelle Informationen des Bürgermeisters“ informieren werde.

Zum Tagesordnungspunkt 4 des öffentlichen Teils bittet der Bürgermeister darum, hier die Angelegenheit zu vertagen. Hintergrund sei, dass das Staatliche Bauamt Aschaffenburg im Rahmen eines möglichen Ausbaus der Staatsstraße im Bereich Neuhammer im Zusammenhang mit der Stützmauer an der alten Kreisstraße ggf. eine Ausgleichsmaßnahme durchführen werde.

Hiermit besteht Einverständnis. Im Übrigen wird die Tagesordnung so genehmigt.

In der Bürgerfragestunde wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig wird das Protokoll der letzten Sitzung anerkannt.

Der Bürgermeister und Waltraud Amrhein enthalten sich, weil sie in der letzten Gemeinderatssitzung nicht anwesend waren.

Angesprochen wird aus dem Gemeinderat, dass man künftig so weiter verfahren solle, dass Gemeinderatsprotokolle per E-Mail vorab an den Gemeinderat verteilt werden sollen.

2. Beschlussfassung über die Art der Sanierung der Brücke am Kehrweg. Das Büro Darvari & Kosch ist in der Sitzung anwesend

Der Bürgermeister begrüßt noch einmal die Herrn Darvari und Kosch und erteilt diesen das Wort.

Herr Kosch hält einen Vortrag, welcher als Anlage zum Protokoll genommen wird.

Er erläutert, dass die Stand- und Verkehrssicherheit sowie die Dauerhaftigkeit des Bauwerks beeinträchtigt seien.

Das Büro Darvari & Kosch hat zwei Sanierungsvarianten ermittelt.

Die Variante 1 sehe eine Instandsetzung mittels Einziehen eines Inliners vor. Die Kosten beliefen sich auf ca. 120.000 Euro. Grundsätzlich sei für diesen Fall ein Hochwasserschutzkonzept erforderlich.

Die Variante 2 sehe einen Ersatzneubau als Wellenstahldurchlass vor. Die Kosten betrügen ca. 130.000 Euro. Der Vorteil der Variante mit dem Ersatzneubau sei, dass kein wasserrechtliches Verfahren notwendig werde. Dies habe das Landratsamt Aschaffenburg bereits bestätigt.

Herr Kosch führt aus, dass die Brücke am Kehrweg bei der jüngsten Prüfung mit einer Schadensklasse von 3,5 bewertet worden sei. Dies sei äußerst bedenklich. Die Schadensklasse 4 bedeute sofortiger Handlungsbedarf.

Diverse Fragen werden aus dem Gremium geklärt.

Angeregt wird aus dem Gemeinderat, die große Sanierungsmaßnahme aufzuschieben und die vorhandene Restlebensdauer abzuwarten. Es sei zu prüfen, ob man ggf. nur kleinere Sanierungsarbeiten ausführen möchte.

Gefragt wird, welche Schadensklasse die Mühlbrücke aufweise. Dies müsse geklärt werden.

Ebenfalls müsse geklärt werden, wie weit das Büro Darvari & Kosch beauftragt sei.

Es wird darüber diskutiert, die Ausschreibung fertigzustellen und in der Schublade bereitliegen zu haben. Man könne auch künftig eine jährliche Prüfung der Brücke vornehmen, um dann kurzfristig reagieren zu können. Die Frage, welche zu entscheiden sei, sei ob man das Risiko tragen möchte.

Man verständigt sich darauf, die Ausschreibung fertigstellen zu lassen. Auf Nachfrage des Schriftführers äußert das Büro Darvari & Kosch, dass dieses hierfür bis Herbst 2017 Zeit brauche. Anschließend werde das Büro Darvari & Kosch wieder im Gemeinderat vorstellig.

Dann könne der Gemeinderat die weitere Vorgehensweise festlegen. Das Büro Darvari & Kosch äußert, dass im Jahr 2018 die nächste Prüfung erfolge.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, die Variante mit der offenen Bauweise (Ersatzneubau als Wellenstahldurchlass) weiter zu verfolgen.

3. Ortsübliche Vorbehandlung von Baugesuchen - derzeit liegt noch kein Baugesuch vor

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

4. Erneuerung Stützmauer "Alte Kreisstraße" - Entscheidung hinsichtlich der Ausführungsvariante (Anlage)

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

5. Info hinsichtlich der Kostenvarianten eines evtl. Ausbaus der Straße zum Hofgut Hundsrück (Anlage)

Der Bürgermeister informiert, dass die technische Bauverwaltung die Kosten für drei Varianten ermittelt habe. Die Kosten betreffen lediglich die ca. 1.450 Meter lange Strecke, welche sich im Eigentum der Gemeinde Dammbach befindet.

Die Variante 1 mittels einer Ausführung des Weges mit einer Schotteroberfläche (d = 15 cm) auf aufgefräster Asphaltfläche belaufe sich auf ca. 56.000 Euro brutto.

Die Variante 2 mittels einer Ausführung des Weges mit einer Schottertragschicht von 30 cm Dicke auf vorhandener, nicht aufgefräster Asphaltfläche betrage ca. 67.200 Euro brutto.

Der Unterhaltsaufwand für das Ausbessern von Schlaglöchern usw. wird für beide Varianten auf ca. 3.000 Euro pro Jahr geschätzt.

Die Variante 3 sehe den Einbau einer Asphalttragdeckschicht mit einer Stärke von ca. 8 cm vor. Die Kosten für die Variante 3 werden auf ca. 100.000 Euro brutto geschätzt. Diese Variante biete aber die Gewähr dafür, dass die Straße in den nächsten 20 Jahren nur noch einen geringen Unterhaltsaufwand von ca. 500 Euro pro Jahr erfordere.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Gefragt wird, welche Angebote den Zahlen zugrunde liegen würden. Der Bürgermeister informiert, dass die Zahlen durch Abfragen bei einigen Baufirmen ermittelt worden seien.

Es wird gebeten, die Kostenberechnung dem Gemeinderat per E-Mail zu übersenden. Der Bürgermeister sichert dies zu.

6. Steuerlicher Jahresabschluss 2015 für das Wasserwerk Dammbach (Anlage)

Herr Höfling, unser Steuerberater vom Kommunalen Prüfungsverband hat den kaufmännischen Jahresabschluss 2015 für das Wasserwerk Dammbach erstellt.

Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus beiliegendem Beratungsvermerk.

Der Jahresabschluss 2015 schließt in der Bilanz in Aktiva und Passiva mit 657.601,58 Euro.

Der Jahresgewinn nach Bilanz und GuV beträgt 9.229,85 Euro.

Aufgrund der Verlustvorträge aus Vorjahren ist keine Körperschaftsteuer zu zahlen. Bei der Umsatzsteuer ergibt sich eine Erstattung in Höhe von 1.496,96 Euro.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat auf Empfehlung von Herrn Höfling folgendes:

a) Der Jahresabschluss 2015 wird festgestellt.

b) Der Jahresgewinn 2015 in Höhe von 9.229,85 Euro dient der Mittelreservierung für betriebliche Zwecke; er wird deshalb auf neue Rechnung vorgetragen.

c) Verbindlichkeiten bei der Gemeinde sind weiterhin banküblich zu verzinsen. Anhaltspunkt für die Verzinsung sind 2,5 %-Punkte über dem EZB-Basiszinssatz (2015: - 0,83%).

Gefragt wird aus dem Gemeinderat, warum die Wasserverluste mit 19 % so hoch liegen würden.

Es wird diskutiert.

Der Bürgermeister informiert, dass durch den Einbau von z. B. Schieberkreuzen und Fernwirkssystem die Wasserverluste von ursprünglich über 30 % auf 19 % spürbar gesenkt werden konnten.

Der Bürgermeister hält fest, dass es sich um die Zahlen aus dem Jahr 2015 handele. Da man in der jüngsten Zeit zahlreiche Anstrengungen unternommen habe, um die Wasserverluste zu reduzieren, solle man die Zahlen für 2016 abwarten. Diese müssten sich in jedem Fall verbessert haben.

7. Aktuelle Informationen des Bürgermeisters

7.1. Umbau des Daches im Feuerwehrhaus für die Passionsspielutensilien?

Der Bürgermeister informiert, dass man das Dachgeschoss im Feuerwehrhaus für die Aufbewahrung der Passionsspielutensilien umbauen könne.

Der Passionsspielausschuss solle dazu eine Stellungnahme abgeben, ob er dies wünsche.

Es wird im Gemeinderat diskutiert.

Gefragt wird, ob die Passionsspielutensilien nicht in einer Feldscheune untergebracht werden könnten. Der Bürgermeister teilt mit, dass dies möglich sei. Die Voraussetzung dafür sei allerdings, dass aus Gleichbehandlungsgründen der normale Mietpreis gezahlt werde.

7.2. Info zum Beschluss des Gemeinderates aus 2007 - Nachfrage zum Windelzuschuss

Der Bürgermeister informiert, dass es in Dammbach keinen Windelcontainer gebe. Hintergrund sei, dass sich der Gemeinderat im Jahr 2007 für einen Windelzuschuss in Höhe von 150 Euro entschieden habe. Dieser werde am 1. Geburtstag des Kindes überreicht.

Die Abgabe der Windeln in Heimbuchenthal sei deshalb nicht möglich.

Aus dem Gemeinderat wird kritisiert, dass dies nicht der Prüfbitte aus der letzten Sitzung entspreche. Es sollten die Mehrkosten der Gemeinde Dammbach für die Abgabe von Windeln in Heimbuchenthal geklärt werden.

7.3. Möglicher Nationalpark im Spessart

Der Bürgermeister berichtet aus der Unterredung mit der Staatsministerin Frau Scharf am 10.02.17 im Landratsamt Aschaffenburg.

Er sei selbst unentschlossen. Er werde jedoch ganz klar als Bürgermeister die Meinung der Mehrheit der Dammbacher Bürger vertreten.

Im Gemeinderat wird diskutiert.

Es wird vereinbart, dass der Bürgermeister seine Stellungnahme an den Gemeinderat verteilt.

Im Gemeinderat wird geäußert, dass die Fakten durch die Staatsregierung fehlen würden.

Der Gemeinderat müsse genauere Informationen erhalten.

Der Schriftführer ist der Auffassung, dass sobald konkretes vorliege, der Gemeinderat dann sicher durch die Staatsregierung um eine Stellungnahme gebeten werde. Der Bürgermeister teilt die Auffassung des Schriftführers.

Der Bürgermeister hinterfragt, wie man die Meinung der Dammbacher Bürger abfragen könne.

Es wird festgelegt, dass die Verwaltung einen Brief an das Staatsministerium schreiben solle, um einen Informationsabend mit Vertretern der Staatsregierung anzufordern. Außerdem soll das Ministerium dahingehend gefragt werden, wie nun die weiteren vorgesehenen Schritte im Zusammenhang mit einem möglichen Nationalpark im Spessart seien.

8. Beschlussfassung, dass die traditionelle Maibaumaufstellung auch 2017 wieder am Rathaus stattfindet?

Der Bürgermeister berichtet, dass Herr Breitenbach es abgelehnt habe, in den Gemeinderat zu kommen.

Der Bürgermeister plädiert für eine Durchführung. Gegebenenfalls müsse eine gerichtliche Klärung erfolgen. Der Bürgermeister sieht dies nicht negativ. Bei zwei unterschiedlichen Rechtsauffassungen bedarf es eines Schiedsrichters, eben des Richters.

Es wird kontrovers diskutiert. Dabei erheben sich Stimmen für und gegen die Durchführung des Maifestes. Aus dem Gemeinderat wird geäußert, dass sich die Gemeinde an ihr Wort halten müsse. Der Bürgermeister hatte im Vorfeld der Baugenehmigung zugesagt im Neubau keine nächtlichen Veranstaltungen zu genehmigen

Hinterfragt wird, ob es nicht noch Alternativen gebe. Geäußert wird, dass Herr Breitenbach weitere Verhandlungen abgelehnt habe. Sein Rechtsanwalt habe eine Stellungnahme verfasst.

Der Schriftführer teilt mit, dass man ggf. im Rahmen einer Gestattung auf ein seltenes Ereignis gemäß der Freizeitlärmrichtlinie setzen könne. Ob dies vor Gericht standhalte, sei offen. Aus dem Gemeinderat wird der Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung gestellt. Dieser wird einstimmig angenommen.

Gegen die Stimmen von Steffen Verfürth, Waltraud Amrhein, Rigobert Amrhein und Franz Hock beschließt der Gemeinderat, eine gaststättenrechtliche Erlaubnis für ein seltenes Ereignis auszustellen.

9. Fragen zu laufenden Projekten

9.1. Neuer Busfahrplan

Gefragt wird, ob es hier Neuigkeiten gebe. Der Bürgermeister und der Schriftführer teilen mit, dass es hier noch nichts Neues gebe. Es sei lediglich der Brief aller drei Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Mespelbrunn an die Verkehrsgesellschaft Untermain versandt worden.

10. Anfragen gemäß § 30 der Geschäftsordnung über solche Gegenstände, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen

10.1. Haushalt 2017

Aus dem Gemeinderat wird angeregt, im Vorfeld einer Entscheidung über den Haushalt 2017 eine Sondersitzung des Finanzausschusses einzuberufen.

Man verständigt sich darauf, den vorberatenden Finanzausschuss mit Teilnahme des Kämmers einzuberufen.

10.2. Sanierung der Wasserversorgung im Wasserwerk Ferschenmühle

Angesprochen wird der Beschluss des Gemeinderates aus der jüngsten Sitzung, den Reinwasserbehälter im Wasserwerk Ferschenmühle mittels Edelstahl auszukleiden.

Die Kosten für eine Auskleidung mittels Polyethylen würden sich lediglich auf 30 Euro pro m² belaufen. Es sei unklar, wie das Büro auf 300 Euro pro m² gekommen sei.

Der Bürgermeister sagt eine Klärung zu.

10.3. Ausbau der Staatsstraße im Bereich Neuhammer

Angesprochen wird der mögliche Ausbau der Staatsstraße im Bereich Neuhammer im Jahr 2018.

Gefragt wird, ob sich der Amtsleiter des Staatlichen Bauamtes Aschaffenburg in diesem Zusammenhang auch zur Krausenbacher Straße geäußert habe. Festgehalten wird, dass dieser nichts gesagt habe und er diesbezüglich auch nicht gefragt worden sei.

Es wird gebeten, diesbezüglich nachzufragen. Geklärt werden solle, ob für den Fall, dass der Bereich Neuhammer im Jahr 2018 ausgebaut werde, dann zeitnah auch der Ausbau der Krausenbacher Straße erfolgen könne.

Ende der Sitzung 21:45 Uhr

Roland Bauer
1. Bürgermeister

Matthias Hanakam
Schriftführer